



Beschäftigte des Wohnparks Kranichstein demonstrierten für mehr Geld und einen Tarifvertrag

INHALT

- SEITE 2:**
 BÜRGERPARK ERHALTEN!
 MIETENDECKEL
 BEIM BAUVEREIN
- Seite 3:**
 ARBEITSKAMPF IM
 WOHNPAK KLANICHSTEIN
 ZUM HAUSHALT 2020
- SEITE 4:**
 DAS AUS FÜRS
 MAX-RIEGER-HEIM

Wachstum dämpfen!

LINKS WIRKT

ERFOLG FÜR BUSSE AUS DEM OSTKREIS

Schon 2013 hatten wir es beantragt: das Wiederaufstellen eines Signals für Busse, das diesen an der Hanauer Straße einige Sekunden eher Einfahrt in die Stadt gewährt als den PKW. Ein solches Signal war 1989 bereits aufgestellt worden. Zusammen mit einer Busspur (dem früheren Randstreifen) war das ein Fortschritt für den öffentlichen Nahverkehr. Dieser Vorrang gefiel aber dem früheren Landrat des Kreises Darmstadt-Dieburg nicht. Er sorgte dafür, dass das Sondersignal 2004 abgebaut wurde. Nun ist es nach etlichen Anläufen geschafft: Die Stadtverordnetenversammlung hat unserem Antrag zugestimmt, dass die Wiederaufstellung wenigstens geprüft wird. Immerhin!

Heftige Debatte über die Grenzen des Wachstums in der Stadtverordnetenversammlung

Darmstadt wächst und wächst. In den vergangenen fünf Jahren sind netto 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner hinzu gekommen, also mehr als ein Prozent pro Jahr. Und in den nächsten Jahren soll es laut verschiedenen Prognosen so weiter gehen. Diese Entwicklung beschäftigt viele Menschen in unserer Stadt, denn sie spiegelt nicht nur die Lebensqualität wider, sondern stellt sie andererseits auch in Frage: Wohnraumangel drückt die Mieten nach oben, die Verkehrssysteme stoßen an ihre Grenzen, die innerstädtische Verdichtung nimmt Erholungsräume und belastet die Stadtökologie, und es wird darüber diskutiert ob die Stadt demnächst auch nach außen wachsen soll, z.B. in den Eberstädter Westwald hinein.

Als erste Initiative für ein solches Außenwachstum hat der Magistrat ein Vorhaben in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, auf Arheilger und Wixhäuser Ackerland neue Gewerbeflächen auszuweisen. Diese qualitativ guten Ackerflächen bringen der Stadt Kühlung und sollten angesichts der künftig schwierigeren klimatischen Bedingungen als Anbauflächen nicht so einfach aufgegeben werden. Schon aus diesem Grund fällt es uns schwer, dieser Stadterweiterung zuzustimmen.

Aber es geht auch um Grundsätzlicheres: Wenn sich die Stadt künftig nicht immer weiter in Äcker und Waldflächen fressen soll, und wenn die Verdichtung im Innern erträglich

bleiben soll, dann muss das rasante Wachstum der Stadt gebremst werden. Viele Menschen folgen der Wirtschaftsentwicklung, das heißt, sie gehen dahin wo es Arbeitsplätze gibt. Diese können auch andernorts neu entstehen, wo man sie nötiger braucht um die Stadt oder die Region lebendig zu halten.

In diesem Sinne haben wir in der Stadtverordnetenversammlung die Grenzen des Wachstums unserer Stadt angesprochen. Erstaunlicherweise sehen die Grünen solche Grenzen nicht. Gemeinsam mit der CDU zürnten sie, dass wir Menschen draußen halten und ihnen die Türe zuschlagen wollten. Es müsse für alle, die nicht nur jetzt, sondern auch zukünftig, die Weltoffenheit unserer Stadt genießen wollen, Platz geschaffen werden. Wir finden solche Analogien zwischen Stadtentwicklung und Migrationspolitik unsinnig. Es muss um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land gehen, wie es das Grundgesetz fordert. Eine Spaltung in „Schwarmstädte“ und abgehängte Regionen ist ökologisch fragwürdig und politisch gefährlich. Deshalb teilen wir die unter den Stadtverordneten weit verbreitete Begeisterung für dieses Wachstum nicht, sondern wir wollen eingreifen – mit dem Ziel es zu dämpfen.

Natürlich heißt das nicht, dass wir den Bau von (bezahlbaren) Wohnungen verhindern wollen – ganz im Gegenteil! Niemand soll durch hohe Mieten aus der Stadt vertrieben werden, und wir heißen alle willkommen, die hier einen neuen Job antreten, einen Studienplatz bekommen haben,

oder die aus einem anderem Grund nach Darmstadt ziehen. Raum für die benötigten Wohnungen lässt sich schaffen durch die Widmung freiwerdender innerstädtischer Flächen mit Priorität für das Wohnen, durch moderate Verdichtung sowie durch die Bebauung von bereits versiegelten größeren Flächen am Stadtrand, so wie es künftig im neuen Ludwigshöhviertel oder im Osten der Waldkolonie geschehen soll. Nicht nützlich ist es jedoch, wenn eine Wachstums-Spirale in Gang gesetzt wird: neue Wohnbebauung entspannt den Wohnungsmarkt, dann werden neue Gewerbeflächen ausgewiesen, die ihn erneut unter Druck setzen, weshalb wiederum neue Wohnungen entstehen müssen, die sich schließlich auch nach außen in Wald und Ackerflächen fressen. Wir wollen, dass diese Spirale unterbrochen wird. Gewerbeflächen sollen zurückhaltend ausgewiesen werden, mit dem vorrangigen Ziel, Darmstädter Unternehmen und deren Arbeitsplätze zu halten.

Wir haben also gegen die Vorhaben des Magistrats zur Ausweisung der neuen Gewerbeflächen gestimmt. Außerdem regen wir eine breite Diskussion an mit Verbänden, Gewerkschaften und mit der Bürgerschaft über eine soziale und ökologische Entwicklungsstrategie für Darmstadt. Schließlich fordern wir eine regionale und überregionale Strukturpolitik, die anstelle der Konkurrenz der Kommunen die Kooperation in den Vordergrund stellt und das Ziel einer gleichmäßigeren Entwicklung innerhalb und zwischen den Regionen verfolgt.



Uli Franke, Stadtverordneter
 Die Linke

Hände weg vom Bürgerpark!

Die Bürgerinitiative Pro Bürgerpark wehrt sich zu Recht gegen die geplante Bebauung

Oft bin ich versucht auszurufen: Vorsicht ihr Bäume, die Grünen kommen. Denn noch nie wurden so viele Bäume gefällt oder waren/sind davon bedroht wie unter der grün-schwarzen Stadtregierung. Aufführen könnte ich viele, aber exemplarisch erinnern möchte ich an den Fall des Baumbestandes der Lichtwiese und die bedrohten Bäume auf dem Platanenhain. Aber damit nicht genug, jetzt ist auch der Bürgerpark, ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Bürger*innen des mittlerweile schon sehr verdichteten Martinsviertels in Gefahr.

für deren PKWs und für Zulieferer wie Post, Müllabfuhr oder die Feuerwehr entstehen werden. Bei geschätzten 120-130 Personen wird das ein hohes Fahrzeugaufkommen mitten im Park sein und viele Autos, die ständig durch dessen Randgebiete rollen werden.

Privilegierter Wohnraum für Besserverdienende auf Kosten der Allgemeinheit?

Dabei ist es gar nicht so wichtig Wohnraum für die Besserverdienende zu schaffen. Dieser ist ausreichend vorhanden. Wer Kaltmieten ab 1.500 € für Wohnungen bezahlen kann, hat kein Problem eine Wohnung zu finden. Auch Häuser im oberen Preissegment lassen sich finden. Was aber in Darmstadt am meisten fehlt ist Wohnraum für Gering- und Normalverdienende, der aber im Bürgerpark gerade nicht entstehen soll.

Bürgerpark soll Park bleiben!

Es liegt also an uns Darmstädter*innen, ob wir uns dieses dreiste Vorhaben bieten lassen. Wenn der Bürgerpark weiterhin vollumfänglich für Sport und Spiel, Spaziergänge, Sommerfeste, Flohmärkte oder einfach nur zum Atemholen genutzt werden und die dort vorhandene Lebensqualität nicht weiter beeinträchtigt werden soll, dann müssen wir uns wehren. Bisher ist es in Darmstadt oft gelungen gegen die Unvernunft von Politik und die Interessen von Spekulanten Widerstand zu formieren. Was wäre ohne gelungene Initiativen und Proteste in Darmstadt alles schon verloren gegangen!

Widerstand lohnt sich!

Erinnern möchte ich daran, dass der Bürgerpark schon einmal bedroht war durch den Bebauungsplan N 59, also die Nordostumgehung, die



Bald Wohngebiet statt Naherholung? Der Bürgerpark.

Wenn die Lebensqualität im Bürgerpark nicht weiter beeinträchtigt werden soll, dann müssen wir uns wehren.

Wohnbebauung im Park statt Natur und Klimaschutz?

In der Stadtverordnetenversammlung (Stavo) wurde gegen die Stimmen der meisten Oppositionsfraktionen mit knapper Mehrheit beschlossen, im Bürgerpark Wohnbebauung zuzulassen. Vorgesehen sind 47 Doppelhäuser rund um einen für die Anwohner*innen nutzbaren Schwimmteich. Ein so privilegiertes Wohnen im Park wird seinen Preis haben, nicht nur für die Käufer*innen, sondern auch für uns Bürger*innen.

Großbaustelle Bürgerpark

Denn damit wird der Bürgerpark, der jetzt schon viele Baustellen aufweist, auf weitere Jahre hin eine Großbaustelle bleiben. Keine Ruhe und Erholung für die Menschen aus den benachbarten Vierteln, aber auch keine für Bäume, Büsche und die Tierwelt. Denn wie Baufirmen mit Natur in einer Parklandschaft umgehen, kann derzeit anschaulich am Nordbad oder dem Erweiterungsbau des Berufsbildungszentrums besichtigt werden.

Verkehrsaufkommen im Bürgerpark Damit aber nicht genug. Die Bewohner*innen der Häuser erzeugen Verkehr, so dass Zufahrtswege

letztlich durch einen Bürgerentscheid verhindert wurde. Auch das Martinsviertel würde in seiner jetzigen Form gar nicht mehr existieren, hätte es den Widerstand gegen die Osttangente nicht gegeben. Und das klassizistische Hoftheater Georg Mollers, das heute ein Archiv beinhaltet, wurde nur durch Interventionen von Bürger*innen vor dem Abriss gerettet. Auch die ehemaligen HEAG-Hallen waren schon für den Abriss freigegeben und wurden Backstein für Backstein zurück erobert. Heute ist die Centralstation Darmstadts Kulturzentrum Nummer eins.

Bürgerbeteiligung: Alibi oder ernst zu nehmende Möglichkeit zur demokratischen Willensbekundung?

Es macht also Sinn, wenn sich Viele gegen die Interessen Weniger zur Wehr setzen. Die Bürgerinitiative Pro Bürgerpark hat sich formiert und ein Bürgerbegehren auf den Weg gebracht. Insgesamt hat sie in vier Wochen 4.250 Nein-Stimmen gegen die Bebauung gesammelt, die ein klares Zeichen setzen, sich diesem Thema in der Stavo erneut zu

widmen. Auch wenn Bürgerbeteiligung bei der Stadtregierung angeblich hoch im Kurs steht, wurde die Durchführung des Bürgerbegehrens formal abgelehnt, weil nach der Rechtsauffassung des Magistrats die vorgesehene Frist abgelaufen war. Fragen könnte man außerdem: Warum Politiker*innen, die in erster Linie für die Belange der Bürger*innen da sein sollten, sich deren Anliegen mit bürokratischen Fristen entgegenstellen.

Unterstützung der Bürgerinitiative ist notwendig und wichtig!

Dieser Rückschlag ist für die Bürgerinitiative kein Grund aufzugeben. Sie wird sich weiter für den Erhalt des Bürgerparks als Erholungs-, Natur- und Freifläche einsetzen und braucht jede Unterstützung von allen Betroffenen.

Das Ziel sollte sein, dass die Stadt das geplante Bauland im Bürgerpark vom Privateigentümer zurück kauft und der Öffentlichkeit zugänglich macht. Damit wäre der Bürgerpark dann wieder das, was sein Name angibt: ein Park für alle Bürger*innen.



Rita Weirich, Mitglied erweiterte Fraktion

Mietendeckel für Bauverein ist zu klein

Das wohnungspolitische Konzept der Koalition greift zu kurz

Die Mietpolitik der Bauverein AG erzeugt viel Unmut. Der Hintergrund sind z.B. die für viele existenzbedrohenden Mieterhöhungen im Rahmen der Großsanierung im Spessart- und Rhörring, allgemein Mietpreise deutlich über dem Mietspiegel bei Neu- und Wiedervermietungen sowie ein unbefriedigender Umgang mit Beschwerden der Mieterinnen und Mieter.

Wir haben den Magistrat zur Höhe der Mieten im frei finanzierten Bestand der Bauverein AG befragt: bei knapp der Hälfte der Wohnungen liegt es auf Mietspiegel-Niveau oder unwesentlich darunter. Ein Fünftel ist teurer als der Mietspiegel-Vergleichswert, und gerade mal ein Drittel der Wohnungen liegt deutlich (mehr als 5%) unterhalb des Mietspiegels. Damit sind wir nicht zufrieden. In Zeiten einer Mietenexplosion muss mindestens zwei Drittel des Bestands deutlich unter der Vergleichsmiete liegen. Und auch neue und hochwertig sanierte Wohnungen müssen allesamt im Rahmen des Mietspiegels bleiben, der bei solchen Wohnungen ja auch schon ziemlich knackig ist.

Im Mai 2019 brachten wir deshalb einen Antrag ein, um unseren städtischen Wohnraumversorger an die Leine zu legen. Über eine Kooperationsvereinbarung sollten die folgenden Regeln festgelegt werden:

- Begrenzung der Modernisierungsumlage auf 5% statt der gesetzlichen 8% der Modernisierungskosten. Da auch dies noch sehr viel sein kann, soll die Kaltmiete durch Modernisierungen um nicht mehr als 10% steigen dürfen.
- Begrenzung aller normalen Mieterhöhungen auf maximal 1% pro Jahr.
- Freiwillige Anwendung des Mietspiegels auch auf Neu- und Wiedervermietungen.
- Verzicht auf die Abfrage des Einkommens und des Schufa-Status Bewerbungen auf frei finanzierte Wohnungen, um Chancengleichheit aller Einkommensgruppen herzustellen.
- Einrichtung einer neutralen Ombudsstelle die beim städtischen Wohnungsamt angesiedelt ist und bei Problemen von Mieterinnen und Mietern mit der Bauverein AG vermittelnd tätig wird.

Zusammen mit Mieterbund, ver.di, DGB und auch der SPD-Fraktion riefen wir vor der Sitzung, an der der Antrag befasst werden sollte, zu einer Kundgebung auf. 80 Personen nahmen teil und machten ordentlich Druck. Leider kam das Thema aus Zeitgründen nicht mehr zur Sprache und musste auf die nächste Sitzung verschoben werden.

Nach jahrelanger Verweigerungshaltung hatte die grün-schwarze Stadtregierung nun aber selbst Einsicht gezeigt und eine eigene Vorlage erstellt, um den Mietanstieg bei der Bauverein AG zu begrenzen. Das „Wohnungspolitische Konzept“ der Koalition enthält zwar Schritte in die richtige Richtung, aber der Mietendeckel ist immer noch deutlich zu klein. Insbesondere soll er nur für eher niedrige Einkommen (bis 20% über der Sozialwohnungs-Grenze) gelten, was durch die notwendige Einkommensprüfung das Verfahren verkompliziert. Unzufrieden lassen uns auch die folgenden Punkte:

- Begrenzung der Modernisierungs-Mieterhöhungen auf 6% der Modernisierungskosten. Da der Anstieg der Kaltmiete nicht gedeckelt wird, sind bei teuren

Modernisierungen immer noch gravierende Mietsteigerungen möglich. Genau das passiert im Rhön-/Spessarttrung.

- Wiedervermietungen nach Mieterwechsel und die Mieten von Neubauten werden nicht berücksichtigt. Die Bauverein AG kann weiterhin nach Auszügen Wohnungen renovieren und um 10-15% über dem Mietspiegel wiedervermieten.
- Eine Einkommens- und Bonitätsprüfung findet weiter statt und benachteiligt einkommensschwächere Haushalte.
- Die breite Kritik an der Bauverein AG für ihren Umgang mit Mieterinnen und Mietern wird von der Koalition vollständig zurück gewiesen und jeglicher Handlungsbedarf gelehnt.

Wir haben unseren Antrag zurückgezogen und stattdessen entsprechende Änderungsanträge an das Konzept der Koalition gestellt, die aber alle abgelehnt wurden. Weil uns die Schritte in die richtige Richtung zu klein sind, haben wir uns schließlich der Stimme enthalten.

In Zeiten einer Mietenexplosion müssen mindestens 2/3 des Bestands deutlich unter der Vergleichsmiete liegen.



Uli Franke, Stadtverordneter DIE LINKE

Gute Entlohnung und ein Tarifvertrag für den Wohnpark Kranichstein!

Altenpflege darf kein Goldesel für Investorengruppen sein

Im Oktober 2019 legten die Beschäftigten des Wohnparks für einen ganzen Tag die Arbeit nieder und streikten. Der Grund? Fast 17 Jahre lang (!) hatte die Mehrzahl der Beschäftigten keine Lohnerhöhung bekommen. Die Gewerkschaft ver.di begann im März 2019 Verhandlungen mit den Geschäftsführern der Senioren Residenz Wohnpark Kranichstein GmbH, Alois Sieburg und Stefan Schambach, beide verflochten und personell verbunden mit der Römergarten Residenzen GmbH und der Römerhaus Bauträger GmbH, ein regionaler Altenheim-Konzern im Südwesten Deutschlands. Im Juli 2019 einigten sie sich auf einen Haustarifvertrag. Doch drei Tage vor der geplanten Unterzeichnung kam es zum großen Knall: Der Arbeitgeber erklärte, er werde den Tarifvertrag doch nicht abschließen. Stattdessen kündigte er an, ein hauseigenes Bezahlungssystem anzuwenden. Pflegehilfskräfte und Betreuungskräfte bekämen damit bis zu 400 € weniger Lohn, eine mögliche Höhergrup-

pierung sollte ausschließlich von der positiven Bewertung des Vorgesetzten abhängen, Laufzeiten und regelmäßige Tarifierhöhungen waren natürlich nicht vorgesehen. Für die Beschäftigten war das Vorgehen des Arbeitgebers nicht zu fassen und sie antworteten mit einem Streik.

Im Oktober 2019 brachte die LINKE einen Resolutionsantrag in das Stadtparlament ein, um die Beschäftigten des Wohnparks in ihrem Kampf für bessere Löhne und für einen Tarifvertrag zu unterstützen. In der Resolution wurde ein dringender Appell an die Geschäftsführer der Senioren Residenz gerichtet, den mit ver.di verhandelten Haustarifvertrag endlich abzuschließen. Doch die grün-schwarze Koalition sah sich nicht in der Lage, die Resolution zu unterstützen.

Stattdessen appellierten sie in einem eigenen Antrag an beide Seiten, sich zu einigen und betonten – wie so oft – die „Wertschätzung der Altenpflege“. Das Verhalten der CDU ist keine Überraschung, aber von den Grünen hätte man – zumindest früher – etwas anderes erwartet.

4,5 % Rendite - für Investoren!

Dabei hätte das Verhalten der privaten Betreiber des Wohnparks dreister nicht sein können. Kurz vor der Stadtverordnetenversammlung am 3.12.2019 lud die Römerhaus Bauträger GmbH am 27.11.2019 zu einem Investorentag in Speyer ein: „Unser Anlagetipp: Wohnpark Kranichstein in Darmstadt. Das Aushängeschild für Seniorenwohnen und -pflege in Darmstadt und Umgebung. Bestehende Immobilie top gepflegt. Bestens geführt. Voll belegt. Miete sofort! Rendite 4,5%!“ Mit dem gleichen Text wurde am 4.2.2020 eine Anzeige im Darm-



Demonstration der Beschäftigten im Wohnpark Kranichstein am 18.10.2019.

städter Echo aufgegeben. Geld bzw. Rendite ist also genügend vorhanden. Noch zwei Wochen vor dem Investorentag hatte der Vertreter des Wohnparks (und ehemaliger Geschäftsführer des Wohnparks) Mathias Metzger auf der Sozialausschusssitzung erklärt, dass die zusätzlichen Kosten für die Einrichtung nicht tragbar seien und die Kosten des verhandelten Tarifvertrags nicht refinanziert werden könnten! (Was übrigens auch nicht stimmt, da nach der bestehenden Gesetzeslage Tarifgehälter von den Pflegekassen voll refinanziert werden).

Ein Nebeneffekt dieser Investorenpolitik ist die Abwanderung vieler Beschäftigten, was auch die Zukunft des Wohnparks als Pflegeeinrichtung in Frage stellt. Eine der vier Pflegestationen mit ca. 24 Plätzen wurde Anfang 2020 aufgelöst, neuerdings sind aber einzelne Betten wieder belegt worden. Interessent*innen, die sich in den Wohnpark einkaufen wollen, laufen durch das Heim und schauen sich die Räumlichkeiten an. Natürlich sind die Beschäftigten im

Wohnpark dadurch extrem verunsichert.

Nach Meinung der Stadtverordnetenfraktion der LINKEN steht die Stadt Darmstadt in der Verantwortung für gute und fair entlohnte Arbeit im Wohnpark Kranichstein, denn die Einrichtung wurde ehemals in Regie von stadt-eigenen Betrieben gegründet und geführt. Einrichtungen in der Altenpflege dürfen nicht zum Spielball und zu einer Geldquelle für Investorengruppen werden. Auch in Darmstadt dringend benötigte Pflegebetten dürfen nicht einfach zur Profitmaximierung abgebaut werden. Die allseits geäußerte Anerkennung der wertvollen Arbeit in der Altenpflege nutzt den Beschäftigten solange nichts, wie sie von ihrem Gehalt nicht sorgenfrei leben können und auch im Alter nicht vor Armut geschützt sind. Die Gesellschaft schuldet denjenigen ein ausreichendes Einkommen, die die belastenden und verantwortungsvollen Aufgaben in der Pflege ausüben.

Das Verhalten des privaten Wohnparkbetreibers hätte nicht dreister sein können.



Erhard Schleitzer, Mitglied erweiterte Fraktion

Trotz Rekorderlönnen zu wenig Soziales und zu wenig Klimaschutz

Der im Dezember beschlossene Haushalt 2020 umfasst die Rekordsumme von 730 Mio Euro. Das liegt weniger an den Konsolidierungsprogrammen der Koalition als an den guten Steuereinnahmen und den sehr hohen Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich. Dadurch konnten einige unserer langjährigen Forderungen endlich umgesetzt werden: der soziale Wohnungsbau wird deutlich stärker gefördert als bisher und die Stadt verzichtet wenigstens auf einen Teil der Ausschüttungen der Bauverein AG. Trotz der hohen Einnahmen hat die Koalition wichtige soziale Forderungen unserer Fraktion nicht aufgegriffen. So bleibt das ÖPNV-Sozialticket für Menschen mit geringem Einkommen halbherzig, denn der von uns beantragte Halbpriest-Zuschuss zu allen Zeitkarten wurde abgelehnt. Immer mehr stark vergünstigte Tarife für Schüler*innen oder Senior*innen und vorteilhafte Jobtickets wie das Hessenticket werden eingeführt, doch bei Menschen mit geringem Einkommen dreht der Magistrat jeden Cent herum. Das das

ist wirklich ärgerlich. Und auch für die Höhergruppierung von Erzieherinnen und Erziehern sowie der Beschäftigten in Sozialdiensten gab es in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit.

Angesichts der guten Haushaltslage appellierten wir an den Kämmerer, im kommenden Jahr keine Haushaltssperre für Sportvereine, Kulturinitiativen und soziale Projekte zu verhängen. Mit einer solchen Sperre entgehen den Vereinen Jahr für Jahr zehn bis zwanzig Prozent der ihnen zugeordneten Mittel. Aus unserer Sicht sind diese Leistungen immens wichtig, weil sie den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft stärken. Sie dürfen nicht als Puffer benutzt werden, um die „Schwarze Null“ punktgenau zu erreichen. Der Kämmerer entscheidet darüber im kommenden Frühjahr.

Wenn sich die wirtschaftliche Lage nicht verschlechtert, dann kann die Stadt ihre üblichen Leistungen im kommenden Jahr problemlos und sogar mit einigen Draufgaben erfüllt werden. Nur reicht das normale Programm nicht aus, da es einen

enormen Sanierungsstau in vielen Bereichen der Infrastruktur gibt, insbesondere bei den Schulen.

Darüber hinaus hat die Stadtverordnetenversammlung im August beschlossen, dem Klimaschutz höchste Priorität einzuräumen. Bis 2035 soll Darmstadt Klimaneutralität erreichen. Wenn das ernst gemeint ist, dann muss richtig Geld in die Hand genommen werden. Wir haben in der Debatte über den Haushalt vorgeschlagen, analog zum 4-mal-4-Programm für den Radverkehr ab 2021 mindestens ein 10-mal-10-Programm für den Klimaschutz in Gang zu setzen: 10 Jahre lang 10 Mio Euro aus eigenen Mitteln in den Haushalt einzustellen und dazu noch 10 neue „Klima-Stellen“ zu schaffen. Zusätzlich würden Fördermittel von Bund und Land benötigt. Wenn die Koalition künftig nicht deutlich mehr tut als im Haushalt 2020, dann wird sich an Darmstadts schlechter Klimabilanz nicht viel ändern.

Die künftigen Haushalte werden von einem dauerhaft hohen Investitionsbedarf geprägt sein. Wenn

der erwartbare Rückgang der Steuereinnahmen auf die verschärfte Schuldenbremse trifft, wird ein sozial gestalteter Übergang zu einer klimaneutralen Stadt scheitern. Damit die Verfügungsmasse der Kommunen auch in schlechteren Zeiten gesichert bleibt, brauchen wir bundesweit eine sozial gerechte Steuerreform mit Vermögensbesteuerung sowie eine stärkere Einbeziehung von Unternehmensgewinnen und großen Einkommen. Wir brauchen ein massives Zukunftsinvestitionsprogramm von Bund und Land. Dafür muss die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt werden – denn erstens gibt es einen (Klima-)Notstand, und zweitens geht es um die Zukunft der künftigen Generationen.

Und wenn sich dies alles als nicht durchsetzbar erweisen sollte gegen die Macht der Konzerne und die Interessen der reichen Steuerzahler, dann hat die Klimabewegung wohl recht mit ihrem Slogan „System change, not climate change“.

Unsere Kritik am Haushalt 2020

Unser Vorschlag: Ein 10-mal-10 Programm für den Klimaschutz in Darmstadt.



Uli Franke, Stadtverordneter DIE LINKE

Aus und vorbei: Das „Maxi“ wird geschlossen!

Wie mit „objektiven Kriterien“ eine bewährte Stätte der Kinder- und Jugendarbeit im Martinsviertel zerstört wird.

Trotz vieler Proteste und Aktionen und gegen mehr als 1200 Unterschriften ist es nun beschlossene Sache: das Max-Rieger-Heim (genannt Maxi) mit seinem offenen Angebot für Kinder und Jugendliche schließt für immer seine Pforten. Damit geht eine über 54-jährige Ära der Kinder- und Jugendarbeit zu Ende, die bei vielen Kindern und Eltern eine große Lücke hinterlässt.

Was verloren geht

Für mehrere Generationen von Kindern und Jugendlichen, die im Martinsviertel aufwuchsen, war das Maxi ein Ort für Zuwendung, Geborgenheit und Vertrauen. Hier spielten und lernten Kinder von 6 bis 14 Jahren freiwillig, konstruktiv, kreativ und gemeinschaftlich. Auch die Baas-Halle mit dem verlässlichen Sportangebot für die Kinder des Viertels soll einer neuen, stadtweiten Nutzung zugeführt werden, ohne dass bisher klar wird, wer hier die Koordination übernimmt.

Mit der Entscheidung gegen das Maxi gehen viele gute Kooperationen und Ressourcen für immer verloren:

- Eine verlässliche Anlaufstelle für eine kostenlose Betreuung und Hausaufgabenhilfe mit vertrauensvollen Ansprechpartner*innen für Kinder aus einkommensschwachen Familien und mit Migrationshintergrund.
- Die Kooperation mit den Fachkräften der Schillerschule und der Bernhard-Adelung-Schule.
- Die Reparaturwerkstatt für Fahrräder und die kostenlose Ausleihe aus der umfangreichen Kinder- und Jugendbibliothek
- Die Projektarbeit in Form der Ferienspiele für die Kinder aus dem Viertel und
- Das Angebot eines kostengünstigen Freitagsmittagessens an der Bernhard-Adelung-Schule.

Reale Lebenswelten anstelle statistisch festgelegter „Sozialräume“

Hintergrund der Schließung ist die Neustrukturierung der Kinder- und Jugendarbeit in Darmstadt, die in der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2018 abgestimmt wurde. Einzig unsere Fraktion votierte dagegen. Laut der zuständigen Dezernentin Barbara Akdeniz sei die Neustrukturierung eine sehr gute Grundlage, um allen Kindern in den verschiedenen Stadtteilen ein attraktives, bedarfsgerechtes Angebot machen zu können. Betont wird dabei die Sozialraumorientierung, die eine kleinräumliche Verbesserung der Angebote für die Kinder und Jugendlichen ermögliche.

In Zeiten schwieriger Haushaltslagen lastet der Trend zum Sparen auch auf der Kinder- und Jugendarbeit. So erfordern auch Angebote für Kinder und Jugendliche einen immer größer werdenden Begründungsaufwand. So wurden in Darmstadt, aufgrund angeblich „objektiver“ Kriterien neue Planungsräume erstellt und daraufhin die Haushaltsmittel neu verteilt.

Aber nur selten stimmen die von Planer*innen festgelegten Sozialräume mit den tatsächlichen Lebenswelten überein. Oft ist das Gegenteil der Fall. Die Aufteilung einer Stadt nach statistisch gebildeten Sozialräumen erschwert es, passgenaue Angebote

für Kindern und Jugendlichen in ihren Lebensräumen umzusetzen.

Statistische Gleichverteilung anstelle offener Kinder- und Jugendarbeit im Gemeinwesen

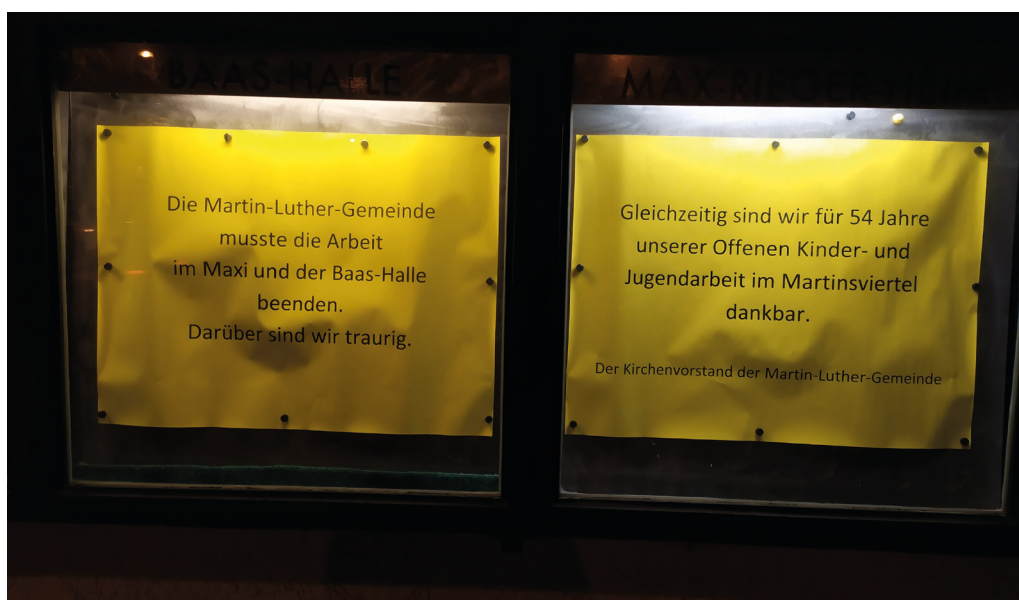
Diese Sozialraumorientierung basiert in Darmstadt hauptsächlich auf einer statistischen Gleichverteilung von Merkmalen und Angeboten über die Stadträume hinweg. Dies greift zu kurz. Die Politik muss sich vielmehr an den tatsächlichen Raumnutzungen der Kinder und Jugendlichen orientieren.

In der Konzeption der offenen Kinder- und Jugendarbeit des Max-Rieger-Heims und der Baas-Halle ging es genau darum: Hier wurden über Jahre für Kinder von 6 bis 12 Jahren verlässliche lebensweltliche Strukturen geschaffen. Es wurden Ressourcen erschlossen, die im Martinsviertel gute Kooperationen zwischen den verschiedenen Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit erfolgreich gestaltet haben.

Anstelle dieses vernetzten Angebotes gibt es zukünftig im neuen Kinder- und Jugendhaus des Martinsviertels in der Pankratiusstraße eine große Einrichtung für völlig verschiedene Nutzungen und Altersgruppen:

- Eine Betreuung der Schillerschule im Rahmen des Paktes für den Nachmittag für 100 Schulkinder.
- Eine 5-zügige Kindertagesstätte mit 22 Krippen- und 66 Kindergartenplätze für Kinder zwischen 3 und 6 Jahren, die auch die Innenstadt mitversorgen soll.
- Das internationale Jugendzentrum unter Trägerschaft des Sozialkritischen Arbeitskreises (SKA), das allerdings nur Angebote für Kinder ab 12 Jahren bereithält.

Ein kostenfreies, offenes und freiwilliges Angebot mit flexibel nutzbaren Räumen für 6- bis 12-Jährige, wie es das Maxi bereit hielt, ist jetzt im ganzen Martinsviertel nicht mehr zu finden. Die Räumlichkeiten werden zukünftig auch in einer anderen Form nicht mehr für Kinder zur Verfügung stehen. Im Gespräch war die Planung eines Kinderhortes, der aufgrund der zu erwartenden hohen Renovierungskosten jedoch gleich wieder verworfen wurde.



Das Max-Rieger-Heim, seit 1954 die Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche im Martinsviertel.
Foto: Michael Deschamps



Rita Weirich, Mitglied erweiterte Fraktion

DIE LINKE.
Stadtverordnetenfraktion Darmstadt

Adresse

Fraktion DIE LINKE in der
Stadtverordnetenversammlung

Landgraf-Philipp-Anlage 32
64283 Darmstadt

Telefon: 06151 - 6 69 0310
Telefax: 06151 - 6 69 05 33

info@linksfraktion-darmstadt.de
www.linksfraktion-darmstadt.de
facebook.com/linksfraktion.darmstadt

Bürgersprechstunde

Unsere Stadtverordneten laden Sie herzlich ein, Ihre Anliegen und Anregungen im persönlichen Gespräch vorzutragen.

Zur Vereinbarung eines Termins kontaktieren Sie uns telefonisch oder per Email.

Öffentliche Fraktionsitzungen

Ort: **LinksTreff Georg Fröba**

Nächste Termine:

17. Feb. 18 Uhr
16. Mär. 18 Uhr
27. Apr. 18 Uhr

Spenden

Die Linke
Stadtverordneten-
fraktion Darmstadt

Ktn: 110 798 300
Blz: 508 900 00
Volksbank Darmstadt